

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Julius Höffmann: Landwirte laden ein: Klingeln statt einbrechen

Julius Höffmann

Landwirte laden ein: Klingeln statt einbrechen

Interview mit den Kreislandvolk-Vorsitzenden Hubertus Berges (Cloppenburg) und Dr. Johannes Wilking (Vechta)

Zu verschiedenen Themenbereichen der Landwirtschaft und aktuellen Diskussionen äußern sich die Vorsitzenden der beiden Kreislandvolkverbände im Oldenburger Münsterland, Hubertus Berges, Landkreis Cloppenburg, und Dr. Johannes Wilking, Landkreis Vechta. Das Interview führte der Chefredakteur der Münsterländischen Tageszeitung, Julius Höffmann:



Frage: *Obergrenzen werden auch bei Flächenprämien diskutiert. Sind solche Prämien ab einer bestimmten Größenordnung noch nachvollziehbar oder sollte darauf ab einer Größe von zum Beispiel 600 Hektar verzichtet werden?*

Berges: Zunächst einmal etwas zur Begrifflichkeit: Die Prämie wird oft als Agrarsubvention verstanden. Wir sehen es eher als Erschwernisausgleich, die zusätzliche Auflagen abgelten soll. Oft wird so getan, als wenn einfach Geld verteilt wird als zusätzliche Einkommenskomponente. In schwierigen Jahren ist das auch richtig. Aber gerade die Landwirte hier in der Region wollen ihr Geld am Markt verdienen und sich nicht von irgendwelchen Zahlungen abhängig machen. Diese Obergrenzen betreffen hier bei uns die wenigsten Betriebe. Die Zuschläge für die ersten Hektare, für kleinere Betriebe sind aus meiner Sicht in Ordnung.

Frage: *... aber wie sieht es aus bei den riesigen Flächen von 1000 und mehr Hektaren, die zum Beispiel in Ostdeutschland nicht so selten sind?*

Wilking: Wir vertreten die Region hier im Oldenburger Münsterland, und deswegen betrifft es uns an dieser Stelle kaum. Aus gesamtgesellschaftlicher Sicht könnten wir mit einer Deckelung nach oben durchaus leben, das würde hier eine Akzeptanz finden. Größere Betriebseinheiten haben zudem betriebswirtschaftliche Vorteile, Maschinen besser auszulasten, Vorleistungen besser einzukaufen und Mengen besser zu vermarkten.

Frage: *Mit dem eingesparten Geld könnten zum Beispiel Umweltmaßnahmen gefördert werden ...*

Berges: ... man muss erst einmal die Löcher stopfen, die auch zum Beispiel durch den Brexit entstehen. Bislang gab es in Europa sehr unterschiedliche Prämien, was ich für durchaus gerechtfertigt halte. Weil es mit der jeweiligen Kaufkraft ins Verhältnis gesetzt werden muss. Schade ist, dass der Eindruck insgesamt erweckt wird, dass der Deutsche Bauernverband sich mehr um die großen und weniger um



die kleinen Betriebe kümmert. Da muss sich der DBV auch selbstkritisch hinterfragen.

Wilking: Für einen wesentlichen Teil der Prämien werden auch ökologische Gegenleistungen erbracht und zwar aus der Primärproduktion, also der Landwirtschaft heraus. Ich sehe mich als Landwirt sowieso auch als Natur- und Umweltschutz-Interessierter. Schlicht und ergreifend deswegen, weil es mein ureigenes Interesse ist, unsere Äcker in einem möglichst ökologisch optimalen Zustand zu halten. Die Täter-Opfer-Diskussion wird leider immer ein wenig einseitig geführt.

Berges: Den scheinbaren Gegensatz, den wir haben, möchte ich auch



aushebeln. Es scheint so, als müsste ich mich für eine Seite entscheiden: Entweder ich betreibe intensive Landwirtschaft und Raubbau an der Natur oder ich bin der Öko-Bauer und damit der Gute. Ich sage bewusst: Intensiv und gleichzeitig nachhaltig. Das ist zwar schwierig, aber ich achte auf mein Land und lege großen Wert auf dessen Qualität.

Frage: Sicher ein Spagat: Häufig genug wird die Landwirtschaft kritisiert, mal mehr, mal weniger berechtigt: Müssen sich die Betroffenen nicht auch an die eigene Nase fassen, inwieweit trägt die Landwirtschaft eine Mitverantwortung für die öffentliche Meinung?

Berges: Wir haben die Deutungshoheit relativ kampflos preisgegeben. In intensiven Regionen wie hier ist die Bevölkerung sicher noch dichter dran als in weniger intensiven Gegenden. Ich will gerne zugeben, dass man in bestimmten Bereichen deutlicher hätte erklären müssen, was man warum macht. Die Landwirtschaft hat sich im Bereich Tier- und Naturschutz immer weiterentwickelt. Die Bevölkerung hat jedoch den Eindruck, dass es jedes Jahr schlechter wird. Sehr schade, weil es einfach nicht stimmt.

Wilking: Die Gesellschaft ist manchmal auch nicht ganz ehrlich. Bei all den Wünschen, die wir im Umwelt- und Naturschutz, Naherholung, Tierwohl usw. haben. Am Ende des Tages wird aber eben doch auf den Preis im Lebensmitteleinzelhandel geschaut. Und so ist die Branche jahrzehntelang erzogen worden, Produkte günstig und qualitativ hochwertig zu produzieren. Aktuell werden zudem im Wesentlichen Prozessqualitäten diskutiert.

Frage: Stichwort PETA: Bewerten Sie grundsätzlich die vereinzelt Stalleinbrüche als Hausfriedensbruch und somit als Straftat? Damit verbunden ist die Frage, ob aus Ihrer Sicht der Organisation die Gemeinnützigkeit abgesprochen werden sollte ...

Berges: PETA ist ein extremer Verband, der keine Diskussionsgrundlage zulässt, weil er jede Form von Tiernutzung ablehnt. PETA insgesamt hat sieben Mitglieder! Das ist auch nur wenigen bekannt. Ob eine Gemeinnützigkeit gerechtfertigt ist, stellen wir sehr stark in Zweifel, aber darüber müssen andere entscheiden. Grundsätzlich sage ich: Polarisierung verhindert Lösungen. Weil große Mauern aufgebaut werden. Spendengelder können damit natürlich generiert werden.

Wilking: Es geht oft weniger um Fakten, als um Aufmerksamkeit.

Frage: In dem Zusammenhang: Sollte, kann und möchte Landwirtschaft für mehr Transparenz sorgen, was kann die Landwirtschaft tun?

Wilking: Mit dem „Tag des offenen Hofes“ öffnen wir die Türen. Es wird in der Tat zunehmend schwieriger, das zu organisieren. Hygienevorschriften müssen und wollen eingehalten werden. Kritische Besuchergruppen fokussieren sich auf die Ausnahmen. Wissen Sie, wo gelebt wird, wird auch gestorben. Das ist bei Menschen so, und das ist bei Tieren auch so. Transparenz fordern wir auch seitens der beiden Kreislandvolkverbände in vielen Fragestellungen. Zum Beispiel fordern wir auch mehr Messstellen für die Wertermittlung der Grundwassergüte, um ein objektiveres Bild erstellen zu können. In der Vergangenheit wurden eher problembezogene Messstellen



aufgebaut. Und so kommt es dazu, dass Deutschland ein EU-weit vergleichsweise schlechtes Ergebnis in der Nitratdiskussion vorweist, weil keine repräsentativen Messergebnisse vorliegen.

Berges: Wir sagen bei Stalleinbrüchen grundsätzlich: Klingeln statt einbrechen. Wenn jemand sich umsehen möchte, dann soll er sich gerne melden.

Frage: Ein anderes Thema: die Düngeverordnung. Ein Bürokratiemonster für die Landwirte, das erheblich mehr Zeitaufwand fordert. War es trotzdem notwendig, Grenzen zu setzen?

Berges: Die Düngeverordnung ist aus unserer Sicht in vielen Punkten noch nicht schlüssig. Sie ist Mitte des vergangenen Jahres in Kraft getreten und bis Weihnachten wusste niemand so genau, was eigentlich konkret damit gemeint war. Auf Nachfrage, was der Landwirt denn jetzt machen oder lassen muss, um nicht gegen die Verordnung zu verstoßen, hat man Achselzucken geerntet. Das sind unausgelegene Regeln aus dem Ministerium, die einfach nicht rund laufen. Es wird an vielen Stellen nicht fachlich, sondern politisch entschieden. Es ist nicht so, dass die Bauern stumpf dagegen sind. Aber es muss machbar sein. Zurzeit werden drei verschiedene Prüfer zu drei verschiedenen Ergebnissen kommen.



Wilking: Tierhaltende Betriebe stoßen an ihre Grenzen, was Neueinstellungen angeht, weil die überregionalen Abgabemöglichkeiten für Gülle derzeit nicht ausreichen. Es fallen etwas größere Mengen an, vor allem aber wollen die aufnehmenden Ackerbaubetriebe abwarten, was bei der Umsetzung der Verordnung herauskommt. Geschlossene Nährstoffkreisläufe in Niedersachsen müssen vermehrt gesucht und gefunden werden, denn die Nährstoffe aus der Tierhaltung kommen aus dem Futter und das wurde auch in ganz Niedersachsen produziert.

Frage: *Nicht nur der OOWV, auch die Menschen sorgen sich um die Qualität des Trinkwassers, wenn sie von überhöhten Nitratwerten im Boden hören. Schon sprechen Experten von höheren Kosten für die Aufbereitung des Wassers. Wird genug getan, um die vorgegebenen Werte einzuhalten?*

Berges: Die Düngeverordnung muss jetzt erst einmal wirken. Deswegen habe ich kein Verständnis für weitere Forderungen, die eine zusätzliche Verschärfung wollen. Außerdem kann ich es aus Sicht der Wasserwirtschaft nicht verstehen, warum sie ihr eigenes Produkt schlecht macht. Das Wasser in Deutschland ist zu 99,9 Prozent in einem Top-Zustand. Das sagt auch das Umweltbundesamt. Die weitere Aussage teile ich allerdings nicht: Das Amt sagt auch, daraus könne man noch nicht auf die Qualität des Rohwassers schließen. Das halt ich für völlig abwegig. Mir ist kein Verband in Deutschland bekannt, der Wasser aufbereitet. Wir sind aktuell im kooperativen Wasserschutz mit dem OOWV aktiv. Und das muss auch so weitergehen. Miteinander. Ohne Ängste zu schüren.

Wilking: Wir sind uns der Situation und unserer Verantwortung ganz klar bewusst. Aber für die Überschreitung der Grenzwerte ist nicht nur die Landwirtschaft verantwortlich, sondern auch andere Teile der Gesellschaft. Dennoch: Die Landwirtschaft bearbeitet große Flächen und ist deswegen auch in der Verantwortung, Dünger effektiver einzusetzen. Aber: die Witterung spielt auch eine große Rolle, wie die Trockenheit in diesem Frühjahr 2018 oder die Nässe im vergangenen Sommer 2017 zeigt.



Frage: *Leidenschaftlich diskutiert auch auf politischer Ebene wird der Einsatz von Glyphosat: Ist die Bewertung dieses Mittels eine Glaubensfrage oder eher eine Frage der wissenschaftlichen Erkenntnis?*

Berges: Die Diskussion um Glyphosat ist für mich ein Beispiel, wie ein Thema von der fachlichen komplett auf die emotional politische Ebene gewechselt ist. Ich bin weder Befürworter noch Gegner: Man kann ohne, aber es ist einfacher, wenn man es nutzen kann. Die Diskussion ist aufgrund von Polarisierung verbrannt. Wenn wir dieselben Gradmesser bei anderen Stoffen des Alltags wie Weichmacher oder Kunststoffe anlegten, befänden wir uns wieder in der Steinzeit. Ich fordere die Politik auf, nicht dem Mainstream hinterherzulaufen, sondern eine klare Entscheidung zu treffen und die Findungsprozesse offen zu legen. Für mich ist das Ganze eine Stellvertreter-Diskussion. Wenn jemand einen bestimmten Fehler zu verantworten hat, dann bekommt der Hersteller den Ärger, nicht der Kunde. Siehe Diesel-Skandal: Nicht die Autofahrer, sondern die Konzerne sind verantwortlich. Bei den Landwirten ist das anders: Wenn Arznei- und Pflanzenschutzmittel genutzt werden, und die dann in Verruf geraten, bekommen wir als Anwender den Druck, nicht die Hersteller. Obwohl wir uns den Anweisungen entsprechend verhalten haben.



Wilking: Man darf nicht vergessen: Die Möglichkeit des Einsatzes von Glyphosat macht auch Sinn, wenn man beispielsweise bodenschonend, d.h. pfluglos arbeiten möchte.

Frage: Sprung zur nächsten Debatte: Es gibt verschiedene Tierwohl-Label, die die Qualität des Produktes bescheinigen sollen. Ist das aus Ihrer Sicht der richtige Weg oder sollte es vielleicht ein einheitliches Bundessiegel geben oder eher gar keins?

Berges: Grundsätzlich glaube ich, dass wir durch jede Form von Labeling eine Stufe höher steigen und damit jede andere Stufe, die auch nur ein wenig darunter liegt, in Misskredit bringen. Damit habe ich ein Problem. Dann heißt es: Nur gesetzlicher Standard. Klingt, als wenn es schlecht wäre, wobei es in Deutschland sicher einem guten Niveau entspräche. Diese Problematik kommt mir in der Diskussion zu kurz.

Wilking: Zunächst gilt es, festzuhalten, dass mehr Landwirte Interesse zeigten, daran teilzunehmen, als der Einzelhandel mitfinanzieren wollte. Das Labeling ist ein Marketinginstrument, aber ich kann Politik und Einzelhandel nur raten, die Vergabe von Labels nicht inflationär zu betreiben. Wer will denn die ganzen verschiedenen Etikettierungen noch auseinanderhalten? Ein abgestimmtes bundeseinheitliches Siegel schafft Übersicht. Aber wir machen mit, kein Problem. Die Frage ist nur, was erreichen wir damit?

Fotos: Münsterländische Tageszeitung



Christine Brinkmeier



Wir wachsen gemeinsam

Eine Demografiestrategie für den Landkreis Cloppenburg

Der Landkreis Cloppenburg zählt mit einem Durchschnittsalter von 40,5 Jahren zu den jüngsten Regionen Deutschlands. Eine im Jahre 2016 angefertigte individuelle Bevölkerungsprognose für den Landkreis Cloppenburg bis in das Jahr 2030 sagt ein Bevölkerungswachstum von 6,7% voraus. Warum braucht eine der jüngsten und noch wachsenden Regionen Deutschlands dann überhaupt eine Demografiestrategie?

- Auch unsere vergleichsweise junge Bevölkerung wird immer älter. Ein besonders starker Anstieg ist bei den „jungen Alten“ zwischen 60 und 69 Jahren zu erwarten, deren Anzahl sich bis 2030 um 57% erhöhen dürfte. Auch bei den 70- bis 79-Jährigen wäre der Anstieg mit +40% erheblich. In vielen Lebensbereichen werden die Auswirkungen dieser zunehmenden Alterung zukünftig zu spüren sein.
- Die Berechnungen zeigen zudem, dass bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen von einem kontinuierlichen Rückgang auszugehen ist. Darüber hinaus ziehen aktuell bereits vor allem junge Erwachsene in der Ausbildungs- und Berufseinstiegsphase fort. Vor diesem Hintergrund spitzt sich der allgemeine Fachkräftebedarf in unserer Region noch mal zu.
- Das Bevölkerungswachstum unserer Region in den letzten Jahren ist v.a. durch Zuzüge von Ausländern aus osteuropäischen EU-Staaten sowie durch den Flüchtlingszustrom 2015/2016 entstanden. Diese Entwicklungen bringen beachtliche Integrationsaufgaben mit sich.
- Trotz des anhaltenden Bevölkerungswachstums wird es langfristig auch schrumpfende Orte in unserem Landkreis geben. Wachstumsdruck und Schrumpfung verändern die Ortsbilder nachhaltig.

Diese aktuellen und prognostizierten Entwicklungen bringen somit Herausforderungen und Aufgaben für viele Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens mit sich. Für den Landkreis Cloppenburg ist es wichtig, diese Veränderungen zu erkennen und rechtzeitig Strategien und Maßnahmen mit langfristiger Wirkung zu entwickeln. Das war der maßgebliche Grund, einen Richtungsweiser zu erarbeiten – und zwar nicht nur aus der Kreisverwaltung heraus, sondern in Zusammenarbeit mit allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Nach ausführlichen Analysen mithilfe eines Planungsbüros haben zahlreiche Bürgerinnen und Bürger und Akteure aus Wirtschaft, Verwaltung, Bildung und sozialen Einrichtungen in kommunalen Demografieworkshops vor Ort und thematischen Arbeitsgruppen gemeinsam inhaltliche Schwerpunkte gesetzt.

Bei aller Vielfalt in unseren Städten und Gemeinden und aufgrund der spezifischen demografischen Merkmale des Landkreises und seiner Teilräume haben sich unter dem Leitmotiv „Wir wachsen gemeinsam“ vier Handlungsebenen herauskristallisiert, die das inhaltliche Gerüst der kreisweiten Demografiestrategie bilden:

WIR WACHSEN GEMEINSAM

ALTENGERECHT

Ebene 1: WIR kümmern uns um die altengerechte Weiterentwicklung der Infrastruktur und Netzwerke im Landkreis!
(LÄNDLICHES LEBEN UND WOHNEN IM ALTER)

INTEGRATIV

Ebene 2: WIR stehen für das offene Miteinander unterschiedlicher Kulturen. Sprache, Bildung und Beschäftigung sind unsere Integrationsmotoren!
(INTEGRATION UND GESELLSCHAFTLICHES ZUSAMMENLEBEN)

CHANCENREICH

Ebene 3: WIR gehen neue Wege um gemeinsam mit den jungen Menschen aus unserer Region die Nachhaltigkeit unseres Wirtschaftswachstums zu sichern!
(FACHKRÄFTEBEDARF UND PERSPEKTIVEN JUNGER MENSCHEN)



LEBENSWERT

Ebene 4: WIR setzen uns für die Schaffung bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnraums ein und entwickeln attraktive und lebendige Ortszentren!

(NEUES WOHNEN UND ATTRAKTIVE ORTSZENTREN)

In der Auseinandersetzung mit diesen Schwerpunktthemen sind in den Arbeitsgruppen und Kommunalworkshops bewährte Ansätze und Maßnahmen zusammengetragen und bereits konkrete Handlungsansätze entwickelt worden, in manchen Bereichen steht das Herunterbrechen auf konkrete Aktivitäten noch aus. Die kompletten Inhalte aus den vier Ebenen sollen hier jetzt nicht ausgeführt werden. Sie sind in der Demografiestrategie für den Landkreis Cloppenburg nachzulesen, die bei der Stabsstelle Gleichstellung, Integration und Demografie des Landkreises Cloppenburg zu erhalten ist oder von der Internetseite des Landkreises heruntergeladen werden kann. Im Folgenden werden insbesondere die Aspekte aus der Strategie herausgestellt, die zu der Idee geführt haben, ein kreiseigenes Förderprogramm für Projekte, die den demografischen Wandel in den Städten und Gemeinden des Landkreises berücksichtigen, auf den Weg zu bringen:

Das ehrenamtliche Engagement im Umbruch

Dem ehrenamtlichen Engagement im Landkreis Cloppenburg kommt traditionell hohe Bedeutung zu – hier sind u.a. die Kirchen, unzählige Vereine, die Ehrenamtsagentur, das Senioren-Servicebüro und Anlaufstellen für Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe wichtige Unterstützer und Multiplikatoren. Allerdings sind vielfach auch gegenläufige Entwicklungen festzustellen, die die Akteure in den Workshops nannten: das Ehrenamt wird immer wichtiger, gleichzeitig nimmt das Engagement ab und verändert sich von kontinuierlichem Engagement als Vereins- oder Vorstandsmitglied in traditionellen Vereinen hin zu temporären Aktivitäten. Mit dem absehbaren Zuwachs „junger“ Älterer in den nächsten Jahren bietet sich die Chance, das Ehrenamt personell zu stärken: In einer Art „Win-Win“-Lösung könnten Menschen mit mehr frei verfügbarer Zeit in gesellschaftlich relevanten Themenfeldern tätig werden und gestaltend mitwirken, z.B. durch Betreuungen, Besuche, aufsuchende Beratungen, als Kümmerer, Initiatorin oder Initiator von Projekten zur Nachbarschaftsgestaltung und Integration. Damit



aber so ein Engagement entsteht bzw. bestehen bleibt, bedarf es einer Wertschätzung und Unterstützung, der sich das erste Ziel des Förderprogramms widmet:

- *das (ehrenamtliche) Engagement in demografierelevanten Vorhaben, in Vereinen und Initiativen unterstützen!*

Veränderte Lebens- und Versorgungsbedingungen in Orten

Mit der sich wandelnden Bevölkerungsstruktur verändert sich auch das Leben in den Orten, v.a. in den Dörfern, wenn junge Menschen wegziehen, familiäre Strukturen sich auflösen und die Versorgung sich zunehmend auf die Kernorte konzentriert. Mittelfristig stellt sich sogar für einige Ortsteile die Frage, ob sie weiterhin über eine gesicherte „Vor Ort-Versorgung“ verfügen können und wie diese ggf. aufrecht zu halten sein wird. Gleichzeitig möchten viele hochbetagte Menschen möglichst lange zu Hause wohnen bleiben. Die Analyse der Altersstrukturen auf Ortsteilebene in der Demografiestrategie ist ein gutes Indiz dafür: Obwohl Altenbetreuungs- und Wohnanlagen in der Regel in den Kernorten entstanden sind, sind kleinere, ländlich strukturierte Ortsteile in den Außenbereichen der Kommunen vielfach durch überdurchschnittlich hohe Anteile Älterer über 80 Jahre gekennzeichnet. Wie können wir also die Orte dabei unterstützen, als weiteres Ziel:

- *die Lebens- und Aufenthaltsqualität in den Ortszentren und Dörfern für alle Altersgruppen in verschiedenen Lebenslagen zu schaffen oder zu erhalten?* – Beispielsweise, indem wir auch Maßnahmen zur Schaffung, Erhaltung, Verbesserung oder Erweiterung von Einrichtungen der dörflichen Basisdienstleistungen zur Versorgung der Bevölkerung unterstützen, allerdings nicht ohne dabei vorhandene Fördermöglichkeiten wie Dorfentwicklungs- oder EU-Förderprogramme auszuschließen.

Dialog und Zusammenleben in einer neuen Bevölkerungszusammensetzung

Die sich verändernden Nachbarschaften und Familienstrukturen in den Orten durch Wegzüge, Zuzüge, damit verbundener Alterung und zunehmender kultureller Vielfalt kamen auch in den Workshops vor Ort mit Vereinen und Dorfbewohnern zur Sprache, genauso in den Arbeitsgruppen zur „Integration und gesellschaftlichem Zusammen-



leben“ und zum „Ländlichen Leben im Alter“. Einig waren sich alle darin,

- *den Dialog und direkten Kontakt, also die Kommunikation vor Ort zu verbessern, beispielsweise, indem man Treffpunkte zur Begegnung vor Ort schafft oder niedrigschwellige Kontakte und Gesprächsanlässe bietet, beispielsweise für Ältere, Alleinstehende, Neuzugezogene.*
- *Damit soll auch das Zusammenleben von älteren und jungen Generationen und unterschiedlichen Kulturen gefördert und der Zusammenhalt in den Ortsteilen gestärkt werden.*

Diese Ziele und Beispielmaßnahmen verfolgt das neue Förderprogramm für Demografieprojekte in den Städten und Gemeinden. Das hört sich allgemein an und ist inhaltlich breit aufgestellt – so soll es auch sein. Jede Gemeinde, jeder Ortsteil hat es mit anderen (demografischen) Herausforderungen zu tun, sei es der Bedarf an einem Dorfladen, einem Treffpunkt für Generationen, einer Ehrenamtsbörse, gemeinschaftlichen Aktionen usw.

Zielgruppen sind gemeinnützige Vereine und Verbände, (Bürger-) Genossenschaften, Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements, Senioren-Vertretungen sowie Kirchengemeinden, die mit einem einmaligen Zuschuss des Landkreises ihr Vorhaben leichter realisieren können. Damit der Gemeinde nicht entgeht, was der Landkreis vor Ort unterstützt, wird die jeweilige Stadt oder Gemeinde mit eingebunden. Ihre Zustimmung und Unterstützung ist erforderlich. Die Förderung des Landkreises umfasst pro Vorhaben max. 10.000 Euro, jedoch nicht mehr als 25% des Gesamtkostenvolumens. Doppelförderungen durch den Landkreis sind nicht möglich, wenn z. B. bereits kreiseigene Zuschüsse oder Fördermittel aus anderen Haushaltsstellen für das Vorhaben beantragt oder zugesagt sind.

Ein wichtiges Kriterium für die Gewährung eines Zuschusses ist neben einer genauen Beschreibung und Begründung der Idee das Einbringen von ehrenamtlichem Engagement bei der Durchführung. Außerdem ist die Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Vereinen und Initiativen wichtig, damit das Projekt im Sinne einer möglichst großen Gemeinschaft im Ort umgesetzt werden kann. Als jährliches Budget wird durch den Landkreis eine Gesamtsumme von 50.000 Euro bereitgestellt. Die Laufzeit des Programms beträgt zunächst drei Jahre.



Um die oben genannten Ziele und Möglichkeiten zu veranschaulichen, sei im Folgenden ein Projekt vorgestellt, das sich bereits in der Umsetzung befindet (Stand Juni 2018): die aktive Kolpingsfamilie Garrel erweitert mit Unterstützung der Gemeinde Garrel und vielen ehrenamtlichen Helfern sukzessive ihr Jahrzehnte altes KolpingFreizeitZentrum Pastorenbusch im Ortsteil Garrel. Die Anlage mit großem öffentlichen Kinderspielplatz, Bolzplatz, Grillhütte und einer alten Blockhütte steht allen Vereinen der Gemeinde zur Verfügung. Auch viele (Groß-)Familien, Jugendgruppen, Schulklassen, Freizeiten sowie auch die ältere Generation nutzen das KolpingFreizeitZentrum gerne



als Ziel für ihre Aktivitäten. Es stellt eine Begegnungsmöglichkeit für Jung und Alt dar, die nun in die Jahre gekommen ist und für die Zukunft erhalten werden, aber auch aktuellen und zukünftigen Erfordernissen angepasst werden soll. Konkret ist geplant einen Multifunktionsraum zu schaffen, die Sanitäreinrichtungen zu erweitern und die Küchenzeile zu vergrößern,



um damit insbesondere den Bedürfnissen größerer Gruppen für die Begegnungsaktivitäten nachzukommen.

Mit der Maßnahme werden gleich mehrere Ziele des Förderprogramms bedient: die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements, die Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten vor Ort und die Stärkung des Zusammenlebens. In der Gemeinde gibt es dann weiterhin einen (wieder) attraktiven Ort, wo vereinsunabhängig, konfessions- sowie generationsübergreifend Begegnungen stattfinden, die den Zusammenhalt fördern.

Zwei weitere Dorfgemeinschaften aus unterschiedlichen Städten des Landkreises stehen ebenfalls in den Startlöchern – einmal liegt der Fokus auf neuen gemeinschaftlichen generationsübergreifenden Aktivitäten. Bei dem anderen Vorhaben geht es um die gemeinsame Neugestaltung eines augenfälligen Aufenthaltsortes in einer Siedlung. Es kommt also nicht darauf an, etwas Innovatives zu entwickeln, sondern auch durchaus Bewährtes für die zukünftige demografische Entwicklung weiter zu nutzen und/oder (wieder) fit zu machen. Dass dazu viele Bürgerinnen und Bürger in der Lage sind, zeigen sowohl der Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ als auch die beachtliche Anzahl an Aktivitäten zur Integration von Neuzugewanderten, die v.a. mit Hilfe von Ehrenamtlichen in den letzten drei Jahren entstanden sind. In diesem Sinne kann auch das Förderprogramm eine wertvolle Unterstützung sein.

Bilder: Landkreis Cloppenburg



Stefan Diekmann / Dirk Gehrmann

moobil+ – Das Plus an Mobilität im Landkreis Vechta

Die Nahverkehrsversorgung im Landkreis Vechta wurde bereits vor einigen Jahren als verbesserungsbedürftig eingestuft. Landkreis, kreisangehörige Städte und Gemeinden und die ortsansässigen Verkehrsunternehmen haben sich daraufhin intensiv mit der Frage beschäftigt, wie man im ländlichen Raum ein möglichst umfassendes Mobilitätsangebot bieten kann, ohne dabei die Kosten aus den Augen zu verlieren. In Zusammenarbeit mit einem externen Berater wurde ein innovatives Konzept entwickelt, das traditionellen Linienverkehr mit einem bedarfsorientierten Servicebussystem kombiniert.



Bild: Landkreis Vechta

Wie funktioniert moobil+?

Seit November 2013 gibt es über 500 Haltestellen, die von 13 neuen 8-Sitzer-Bussen angefahren werden. Ein Teil davon sind reguläre Haltepunkte mit Taktung, an denen man wie gewohnt zusteigen kann, wenn Plätze frei sind. Der Großteil der Haltestellen wird aber nur im Bedarfsfall bedient. Auf 15 Linien sind alle Städte und Gemeinden des Land-